

Sie werden ihm die Gewalt nie verzeihen

Alexander Lukaschenkos Aufstieg und Fall: Der in Zürich lehrende Osteuropa-Historiker Jeronim Perovic deutet den Umbruch in Belarus als «Geburt einer Nation».

Roger Köppel

Weltwoche: Herr Prof. Perovic, sprechen wir zuerst über den amtierenden Präsidenten Lukaschenko. Warum konnte sich der «letzte Diktator Europas» so lange an der Macht halten?

Jeronim Perovic: Weil sein vorrangiges Streben seit seinem Amtsantritt 1994 darin bestanden hat, seine Macht als Präsident zu festigen und alle anderen politischen und gesellschaftlichen Institutionen zu schwächen oder seiner direkten Kontrolle zu unterstellen. Zudem schien die belarussische Gesellschaft lange in einer Art politischen Dornröschenschlaf versunken, die Menschen interessierten sich nicht sonderlich für Politik und liessen Lukaschenko gewähren. Solange auch die Wirtschaft des Landes einigermaßen funktionierte und ein gewisser Wohlstand garantiert war, hatte Protest gegen ihn wenig Aussicht auf Erfolg.

Weltwoche: Warum wurde er 1994 in den letzten freien Wahlen überhaupt gewählt?

Perovic: Die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft in den 1990er Jahren hat Schockwellen ausgelöst, in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion verloren Menschen ihre Existenzen und sind über Nacht verarmt. Auch die Wirtschaft von Belarus ist Anfang der 1990er Jahre eingebrochen. Lukaschenko hat sich als Garant für Recht und Ordnung präsentiert und versprochen, dem Niedergang Einhalt zu bieten und die grassierende Korruption zu beseitigen. Zudem machte er auch nie einen Hehl daraus, dass er den Zerfall der Sowjetunion bedauerte. Auch damit hatte er einen Nerv getroffen, denn genau wie in Russland oder in der Ukraine hatte sich auch in Belarus in der noch unter Gorbatschow im März 1991 durchgeführten Volksabstimmung zwar eine grosse Mehrheit der Bevölkerung für mehr Souveränität ihrer Republiken, aber gegen die Auflösung der Sowjetunion ausgesprochen.

Weltwoche: Was war das Geheimnis seiner wenigstens zu Beginn offenbar durchaus vorhandenen Popularität?

Perovic: Lukaschenko galt lange als charismatisch, er kultiviert den Spitznamen «Vater» («Batka»), der sich liebevoll, wenn es sein muss aber auch streng, um das Wohl seines Volkes



Sowjet-Nostalgie: Lukaschenko mit Sohn Nikolai, 2011.

kümmert. Dabei packt er gerne auch mal selbst an, greift vor laufender Fernsehkamera zur Sense, um beim Mähen zu helfen. Seine wichtigste Basis sind vor allem die einfacheren Leute, die Bediensteten im Staatsapparat, dann aber auch die Industriearbeiter und die Bauern in den landwirtschaftlichen «Kooperativen».

Weltwoche: Was war, ist das zentrale Motiv seines politischen Handelns?

Perovic: Auf seiner Agenda standen nie die Durchführung von Wirtschaftsreformen und die demokratische Umwandlung der Gesellschaft. Im Gegensatz zu Russland, das in den chaotischen 1990er Jahren eine ganze Dekade eines tiefgreifenden demokratischen und gesellschaftlichen Wandels erfahren hat, hat Belarus unter Lukaschenko diese Phase übersprungen. Im Kern hat er das Sowjetsystem mit Planwirtschaft, Paternalismus und staatlicher Kontrolle über die Medien weitergeführt, was dem Land zwar durchaus eine gewisse Stabilität beschert hat, sich jetzt als Modell aber totgelaufen hat.

Weltwoche: Was wissen wir über seinen Charakter? Was für eine Art «Diktator» ist er?

Perovic: Die Bezeichnung «Diktator» trifft für Lukaschenko nur eingeschränkt zu. Hitler

und Stalin waren Diktatoren, die nicht nur die totale Kontrolle über die Gesellschaft anstrebten, sondern auch den einzelnen Menschen im Sinne ihrer ideologischen Überzeugungen umzuformen suchten. Lukaschenko will die Alleinherrschaft, lässt dem Einzelnen aber Freiräume. Es gibt keine Konzentrationslager und keinen Massenterror. Die Grenzen des Landes sind offen, man kann ohne Visum ein- und ausreisen, die Menschen werden nicht dauernd überwacht und verfolgt. Das Problem entsteht erst, wenn sich jemand gegen den Machthaber stellt. Dann kennt Lukaschenko keine Skrupel. Wohl kein Land Europas unterhält gemessen an der Einwohnerzahl derart viele Polizei- und Sicherheitskräfte wie Belarus, darunter der aus sowjetischer Zeit stammende Inlandgeheimdienst KGB, die gefürchteten Omon-Truppen sowie Sondereinheiten, die speziell für die Niederschlagung von Demonstrationen ausgebildet wurden.

Weltwoche: Weshalb branden ausgerechnet jetzt diese Proteste auf?

Perovic: Nebst der Wirtschaftskrise sind es die offenkundigen Falschinformationen der Regierung während der Corona-Pandemie. Zuerst hatte Lukaschenko die Existenz des Virus

geleugnet, das das Ausmass der Krise heruntergespielt. Die Leute aber realisierten, dass die Infektionsrate höher war und die staatliche Propaganda nicht stimmen konnte. Das Fass zum Überlaufen brachte die unglaubliche Arroganz der Macht, als die staatliche Wahlkommission Lukaschenko mit über 80 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärte und nachher den friedlichen Protest brutal niederknüppeln liess. Eine Rolle spielt der Generationenwandel. Die Jungen, vernetzt über soziale Medien, lassen sich nicht mehr so leicht gängeln. Ihnen erscheint Lukaschenko wie ein Relikt aus einer andere Zeit.

Weltwoche: Offenbar demonstrieren jetzt vor allem Frauen. Warum?

Perovic: Das ist ein interessantes Phänomen, das wir auch von der Sowjetzeit kennen: Gegen Männer, vor allem junge Männer, geht die Staatsgewalt gemeinhin sehr brutal vor, bei Frauen hält sie sich eher zurück. Polizeigewalt wurde aber auch gegen Frauen ausgeübt, und dass diese trotzdem weiterhin so unerschrocken demonstrieren, zeugt letztlich von grossem Mut. Lukaschenko selbst vertritt ein sehr traditionelles Frauenbild und nimmt die Frauen als politische Kraft nicht ernst. Bezeichnenderweise liess er im Vorfeld der Wahlen eine Reihe männlicher Bewerber für das Präsidentenamt verhaften, hat aber nicht aktiv versucht, die Kandidatur weiblicher Kandidatinnen zu verhindern, ganz nach dem Motto: Frauen werden in Belarus sowieso nicht als Präsidentinnen gewählt. Da hat er sich nun aber gewaltig verkalkuliert.

Weltwoche: Welches sind Lukaschenkos letzte Trümpfe?

Perovic: Entscheidend wird sein, wie loyal sich Armee und Sicherheitsdienste zu Lukaschenko verhalten. Bisher scheinen diese loyal, es gab erst vereinzelte Anzeichen für Ungehorsam. Doch wir müssen wissen, dass das Lukaschenko-Regime vielen Menschen, die beim Staat angestellt sind, ein Auskommen und somit Sicherheit garantiert. Dabei werden Angehörige der Sicherheitsdienste auch überdurchschnittlich gut entlohnt. Wenn die Demonstranten «Uchodil!» («Geh weg!») rufen, dann fordern sie nicht unbedingt eine Revolution im Sinne eines kompletten Systemwandels, sondern den Abgang Lukaschenkos, den sie für Rechtsbruch und Gewalt verantwortlich machen.

Weltwoche: Wie ist sein aktuelles Verhältnis zu Putin?

Perovic: Freunde sind die beiden nicht, aber sie brauchen sich gegenseitig: Russland vor allem aus geopolitischen Gründen, als Puffer gegen EU und Nato, Belarus vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, weil es auf billiges Öl und Gas aus Russland angewiesen ist. Für Putin war Lukaschenko nie ein einfacher Partner, er gilt als erratisch, starrköpfig und unberechenbar. Lukaschenko äusserte sich kritisch zur Annexion der Krim und hat in den letzten Jahren eine vorsichtige Annäherung an den Westen versucht. Gleich-

zeitig hat er sich erfolgreich gegen Putins Versuche gewehrt, das Land in einem von Russland dominierten Unionsstaat zusammenzuführen. Moskau wird deshalb auch nicht auf Teufel komm raus an Lukaschenko festhalten. Zentral aus russischer Sicht ist, dass Belarus im Einflussbereich Russlands bleibt, egal, von wem das Land letztlich regiert wird. Auch deshalb malt Lukaschenko derzeit das Gespenst einer äusseren, westlichen Einmischung in Belarus an die Wand. Er will sich so Russlands Unterstützung garantieren für den Fall, dass die Demonstrationen weitergehen und er die Kontrolle über die Entwicklungen verliert. Es ist nur zu hoffen, dass sich Moskau dafür nicht einspannen lässt.

Weltwoche: Welche Rolle spielt die EU?

Perovic: Die EU hat das Wahlergebnis zwar nicht anerkannt, ansonsten hält sie sich aber stark zurück. In Brüssel weiss man um die grosse geopolitische Bedeutung von Belarus für Russland. Moskau soll kein Vorwand für ein militärisches Eingreifen gegeben werden. Das wäre verheerend, denn dann könnte sich der derzeit friedliche Aufstand gegen Lukaschenko allenfalls in einen grösseren Konflikt mit Potenzial für einen Bürgerkrieg wenden.

Weltwoche: Die Weissrussen bilden eine eigene Ethnie, ein Volk. Können Sie uns die Eigenheiten dieses Volks erklären?

Perovic: Belarus gehört wie Russland und die Ukraine zum ostslawischen Siedlungsgebiet, es gibt unter diesen Völkern geschichtlich und kulturell gesehen mehr Verbindendes als Trennendes. Auch bestehen viele gemischte Ehen, die Verbindungen verlaufen somit auch über enge verwandtschaftliche Verflechtungen. Genau-

Wohl kein Land Europas unterhält gemessen an der Einwohnerzahl so viele Polizei- und Sicherheitskräfte.

so wie die Ukrainer gehörten auch die Belarussen nach dem Zerfall des gemeinsamen «Kiewer Reiches» im Mittelalter anderen Grossreichen und Kulturen an, ab dem 18. Jahrhundert bildeten diese Gebiete dann Teile des Russischen Reichs und später der Sowjetunion. Die belarussische «Identität» schliesst somit eine starke Verbundenheit mit der russischen Kultur und Geschichte nicht aus, zumal der grösste Teil der Bevölkerung im Alltag Russisch spricht. Das heisst aber nicht, dass die Belarussen keine eigenständige Geschichte als Volk vorweisen könnten und sich nicht mit ihrem Staat identifizieren würden. Das zeigt sich etwa darin, dass die Zustimmung unter den Belarussen für einen Zusammenschluss mit Russland über die Jahre stark geschrumpft ist und derzeit nur noch sehr wenige Befürworter findet.

Weltwoche: Was sind die prägenden historischen Erfahrungen der Weissrussen?

Perovic: Kein anderes Ereignis war in der

jüngeren Geschichte derart einschneidend wie der Zweite Weltkrieg. Auf dem Territorium von Belarus kam es zu gewaltigen Zerstörungen und einem Verlust von etwa 30 Prozent der Bevölkerung. Der Zweite Weltkrieg ist eine traumatische Erinnerung, welche die Belarussen mit Russen und anderen Völkern der ehemaligen Sowjetunion teilen. Lukaschenko versucht daraus aber auch Kapital für seine Politik zu schlagen und zelebriert die Erinnerung an den Krieg – genau wie Putin auch – jeweils martialisch mit grossen Militärparaden. Übrigens ist die Erinnerung an die Schrecken des Krieges mit ein Grund dafür, dass die Menschen in Belarus derart empört auf Staatsgewalt reagieren und den friedlichen Charakter der Demonstrationen betonen. Sie wollen auf keinen Fall, dass Belarus erneut zu einem Schlachtfeld wird.

Weltwoche: Sind die gegenwärtigen Proteste so etwas wie die «Geburt einer Nation»?

Perovic: Eindeutig. Wir sehen in Belarus so etwas wie einen verspäteten Nationsbildungsprozess. Belarus konstituiert sich gerade neu, das Volk ist nun auch in politischer Hinsicht «erwacht», wie dies die Oppositionspolitikerin und Präsidentschaftskandidatin Tichanowskaja in einer Videobotschaft erklärt hat. Die grosse Frage ist nur, in welche Richtung sich dieser Nationsbildungsprozess bewegen wird. Das gemeinsame Feindbild ist Lukaschenko, der Widerstand gegen ihn einigt grosse Teile der Bevölkerung. Auf welcher Basis wird sich die Nation jedoch formieren, wenn Lukaschenko weg ist? Auch weil der Nationsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, ist es so unglaublich wichtig, dass äussere Mächte, namentlich aber die EU und Russland, konstruktiv zusammenarbeiten und vor allem Russland nicht in die Entwicklungen eingreift. Der Nationsbildungsprozess darf nicht zu einer Frage der geopolitischen Orientierung werden, wie dies in der Ukraine leider der Fall war. Das könnte zu grossen Spannungen innerhalb der Gesellschaft führen.

Weltwoche: Kann sich Lukaschenko an der Macht halten?

Perovic: Er wird versuchen, die Krise auszusitzen. In seiner Welt ist es schlicht unvorstellbar, dass er nach so langer Zeit nicht mehr Präsident ist. Er ist überzeugt, dass er unersetzbar ist. Deshalb gibt er sich kampfeswillig und wird vermutlich erst weichen, wenn er alle Mittel ausgeschöpft hat, wenn er keinen anderen Ausweg als die Flucht aus dem Land sieht. Vieles hängt von der Loyalität des Sicherheitsapparats ab, aber auch das Verhalten Russlands wird entscheidend sein. Doch Lukaschenkos Zeit ist gekommen. Denn die Menschen werden ihm die Gewalt nie verzeihen.

Jeronim Perovic unterrichtet osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich und ist Direktor des Center for Eastern European Studies (CEES), eines interdisziplinären Forschungszentrums, das sich mit aktuellen Entwicklungen im östlichen Europa beschäftigt.